

Ferdinand Ostertag (1902–1984)

Der Brandstifter von der Bausparkasse¹

von Jochen Faber, Ludwigsburg;
Journalist, Filmmacher;
Recherchen und Publikationen
über Opfer und Täter des
NS-Terrors.



August 1947: »Es wird beantragt, den Betroffenen in die Gruppe der Hauptschuldigen einzureihen«²; Juni 1948: »Der Betroffene ist Belasteter«³; Juni 1949: »Der Betroffene ist Minderbelasteter«⁴.

Was war das für ein Trümmerfeld, in das Ferdinand Ostertag 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte: Deutschland, zugrunde gerichtet von ihm und seinesgleichen. In seiner eigenen Wahrnehmung hatte er alles erdenkliche Gute für dieses Land getan. Das Bild, das er von sich selbst zeichnete, zeigt einen fortschrittlichen, pflichtbewussten, korrekten, fairen, selbstlosen Mann, einen Diener des Gemeinwohls. Und eben Deutschlands. Um das er sich besonders in der Stadt bemühte, in die sein Lebensweg ihn geführt hatte – in Ludwigsburg: als Direktor der Bausparkasse GdF Wüstenrot, als Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Gemeinderat, als ehrenamtlicher Bürgermeister. Und dann von 1939 an als Wehrmachtssoldat: in Deutschland, in Rumänien,

Bulgarien, der Ukraine, in einem amerikanischen Gefangenenlager in Frankreich, im Internierungslager.⁵ Und kurzzeitig sogar in Haft, rechtskräftig verurteilt 1948 wegen Beihilfe zur schweren Brandstiftung vom 10. November 1938, als örtliche Nazis die Ludwigsburger Synagoge in Brand steckten.⁶

Was ich über Ferdinand Ostertag – geboren am 8. Juli 1902 in Neuenstadt am Kocher, gestorben am 24. Mai 1984 in Stuttgart-Bad Cannstatt – an Informationen zusammentragen konnte, stammt überwiegend aus drei Quellen: Die Gemeinderatsprotokolle der Stadt Ludwigsburg und einige ergänzende Personalakten geben wieder, was in seiner kommunalpolitisch aktiven Zeit innerhalb des Apparats notiert wurde, in dem er eine der dominierenden Figuren war. Die in Bruchstücken erhaltenen Akten der Bausparkasse GdF Wüstenrot im Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg zeigen einzelne Unterlagen, überwiegend aus den NS-Jahren, als Ostertag einer der Direktoren wurde, wie auch aus der anschließenden Zeit. Im Staatsarchiv Ludwigsburg schließlich sind Akten einzusehen, die aus dem Spruchkammerverfahren gegen Ostertag stammen.

Bis 1930, so gibt Ostertag im Februar 1947 in seiner »Verteidigungsschrift« für die Verhandlung der Spruchkammer an⁷, habe er »keinerlei politische Betätigung« betrieben. Er sei am Bodensee, wo er auf dem Bauernhof seiner streng evangelischen Eltern aufwuchs, Mitglied im »Christlichen

Verein junger Männer« gewesen, nach Abkehr von der Kirche von 1920 bis 1929 »Angehöriger der Bündischen Jugend innerhalb des Alt-Wandervogel-Bundes und des Wandervogel-Kronacher-Bundes«. Während seiner Ausbildung für den württembergischen Notariatsdienst habe er sich »auf den Gebieten der Lebensreform, der Kultur- und Sozialpolitik« engagiert und sei »Anhänger der Bodenreformbewegung und der Freiwirtschaftsbewegung« gewesen. In der gerade entstehenden Weimarer Republik und der immer stärker industrialisierten Gesellschaft versuchten diese »Bewegungen«, Deutschtum und Naturverbundenheit zu stärken und Gestaltungsraum für bürgerliche Schichten zu entwickeln.

Über seine religiöse Orientierung gab Ostertag später noch einmal Auskunft: In den Formblättern zum »Nachweis der arischen Abstammung« für sich selbst und seine Ehefrau Helene trug er unter »Konfession« ein: deutschgläubig.⁸ Diese »Bewegung« mit ihrem »arisch-nordischen« Glaubenskonstrukt und einer »arteigenen Frömmigkeit« versuchte in den Nazijahren, verschiedene freikirchliche Strömungen zu einer nationalen Umformung christlicher Ansätze zu machen.

Ostertag war also von anti-moderner Ideologie angezogen, die das Deutschtum und die Deutschen entscheidend höher einschätzte als Menschen anderer Herkunft. Er hasste, was er unter »Bolschewismus und Marxismus« verstand. Soziale Bekenntnisse bezogen sich bei ihm stets nur auf deutsche Menschen. »Zum Wohle der Stadt, der Einwohnerschaft und des Vaterlandes« setzte er sich gerne ein – solange es um die »Volksgemeinschaft« ging.⁹

Die »Gemeinschaft der Freunde«

Dass solch ein junger Mann sein berufliches Glück bei der Bausparkasse GdF Wüstenrot suchte, überrascht nicht. Die »Gemeinschaft

der Freunde«, 1921 im kleinen Örtchen Wüstenrot bei Heilbronn gegründet, hatte eine sozialromantisch geprägte Grundhaltung: Aus tiefer Überzeugung bezeichneten sich die GdF-Gründer als »auf Grundlage praktischen Tat-Christentums und praktischer Bodenreform aufgebaute gemeinnützige Arbeits- und Lebensgemeinschaft zur Schaffung erleichterter Daseins- und Wohn-Möglichkeiten« und schmückten sich mit Parolen wie »Werke nicht Worte« oder »Taten nicht Tinte«.¹⁰

Bei der Personalauswahl setzte das junge Unternehmen auf moderne Methoden. Ferdinand Ostertag wurde von einem Gutachter befragt und bewertet, als er sich bei der GdF bewarb. Dieser urteilte: »Er besitzt eine gute Allgemeinbildung und Intelligenz, er ist in seiner Art selbständig, er ist geistig sehr rege, klug, klar, logisch denk- und konzentrationsfähig. [...] Er will vorwärtskommen und wird sich deshalb Mühe geben, seine Pflicht recht zu erfüllen und Gutes zu leisten. [...] Schulmeisterliche Neigungen müssen in Kauf genommen werden.«¹¹

So kam Ferdinand Ostertag zunächst nach Wüstenrot und später, als die GdF wuchs und einen besser vernetzten Standort benötigte, nach Ludwigsburg.¹² Bald, nachdem die Nazis die Macht im Land übernommen hatten, feuerte der Aufsichtsrat der Bausparkasse seine beiden Direktoren mit christlich-bürgerlichem Hintergrund, wie der NS-Kurier vom 18. Juli 1933 meldete.¹³ Als einer der drei künftigen Betriebsleiter wurde Ferdinand Ostertag, bis dahin Prokurist in der Kreditabteilung, berufen. »Meiner Ansicht nach war Ostertag Hitler und seiner Lehre fanatisch verschworen«, gab der aus dem Amt gedrängte Direktor Hermann Schuon später zu Protokoll.¹⁴

Plötzlich Ortsgruppenleiter

Wie er in die aktive Kommunalpolitik kam, beschrieb Ostertag in seiner »Vertei-

digungsschrift« für die Spruchkammer¹⁵ – also voller Absicht, nach dem Scheitern der Nazi-Tyrannie möglichst unbeteiligt auszu-
sehen:

»Als 1929 die politischen Kämpfe innerhalb des deutschen Volkes mehr und mehr zunahmen, die wirtschaftliche Notlage sich sehr steigerte und die Arbeitslosigkeit des Volkes katastrophale Formen annahm, trat ich aus meiner politischen Abseitsstellung heraus und suchte als junger Mensch nach richtiger politischer Erkenntnis. Infolge meiner jahrelangen ernsthaften Beschäftigung mit der Siedlungsbewegung, der Bodenreform, der Freiwirtschaft, den Problemen der zinslosen Geldwirtschaft, überhaupt der sozialen Gestaltung des Zusammenlebens der Menschen eines Volkes, suchte ich innerhalb der verschiedenen Parteien durch Studium von Schriften, der Programme und durch den erstmaligen Besuch von öffentlichen Versammlungen nach einem Wege.«

»In dem Programm der NSDAP [...] sah ich meine Anschauungen über die erwähnten Probleme am besten verwirklicht. Insbesondere glaubte ich, dass die NSDAP berufen sei, eine Synthese zu bilden zwischen den einzelnen parteipolitischen Dogmen und dass es ihr endlich gelingen wird, den zersetzenden politischen Kampf innerhalb des deutschen Volkes durch friedliche Mittel zu überwinden.«

»Persönliche oder wirtschaftliche Gründe spielten bei meinem Parteieintritt keinerlei Rolle, da ich schon damals eine recht gut bezahlte Prokuristenstelle innehatte, bei meinem jugendlichen Alter also beruflich schon sehr viel erreicht hatte. Nur meine Verantwortung dem Volke gegenüber drängte mich zu diesem Schritt.«

Seine Angaben zum Geld sind fragwürdig: In einer Eingabe vom Oktober 1932 an den GdF-Vorstand beklagte Ostertag eine dramatische finanzielle Notlage, durch die er infolge Hausbaus und Wirtschaftskrise geraten sei.¹⁶ Es kann nur vermutet werden,

dass diese Misere durch seinen oben beschriebenen Aufstieg an die Unternehmensleitung behoben wurde. Erhebliche finanzielle Zuwendungen aus dem politischen Engagement sind nicht belegt.

Wie er ein ehrenamtlicher Funktionär der NSDAP wurde, beschrieb Ferdinand Ostertag voller inhaltlicher Auslassungen. Er sei im August 1930 zum ersten Mal in einer Mitgliederversammlung der Ludwigsburger Ortsgruppe gewesen, die »infolge persönlicher Differenzen« stattgefunden habe. Über die Differenzen selbst schrieb er nichts, wohl aber, wie unerschrocken er aufgetreten sei: Er »übte scharfe Kritik und trat für unbedingte Sauberkeit ein«. Daher habe ihn der Gauleiter vom Fleck weg mit der Leitung eines Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses beauftragt.

In der Folgezeit »erfuhr ich, dass ich als Ortsgruppen- und Bezirksleiter eingesetzt werden sollte. Das Letztere lehnte ich ab, da ich nie in der Partei in irgendeiner Form hauptamtlich tätig werden wollte. Die Übernahme der Ortsgruppe dagegen sagte ich für kurze Zeit zu.« Auf eigenen Wunsch sei er dann im Juni 1934 »von dem Amte des Ortsgruppenleiters« wieder entbunden worden. Was er in dieser für Deutschland so dramatischen Zeit von fast vier Jahren an der Spitze der Ludwigsburger NSDAP getrieben hat, erwähnte Ostertag mit keinem Wort.

Seinen Eintritt in die SA-Reserve im Dezember 1930 stellte Ostertag als quasi automatisch für Parteimitglieder dar, »die keinen aktiven SA-Dienst leisten konnten oder wollten«. Er habe kaum Funktionen übernommen, eine Zeit lang sei er »als Sozialreferent eingesetzt« worden.

Der zielstrebige und aktive Mann, den der Gutachter einst für die Bausparkasse beschrieben hatte, stellte sich im Nachhinein als sehr initiativlos dar – auch im SD, dem Sicherheitsdienst des Reichsführers der SS und damit einer parteiinternen Überwachungs- und Unterdrückungsorganisations-



Ferdinand Ostertag, Portrait aus der Entnazifizierungsakte. (Staatsarchiv Ludwigsburg)

on: Ein ihm »seit vielen Jahren persönlich bekannter SD-Führer aus Stuttgart« habe ihn gebeten, »Vertrauensmann« in der Bausparkasse zu werden, deren Direktor er war. »Darüber hinaus bat er mich, ihm von Fall zu Fall auf Anfrage Auskünfte zu erteilen und Berichte über die Wirkung erlassener Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen von Partei und Staat zu senden.«

Ostertags Begründung wäscht ihn, für die Leser/innen von 1947, von jeder möglichen Schuld rein: »Ich konnte durch meine persönliche Zurverfügungstellung verhindern, dass eine dritte, mir dann nicht bekannte Person als Vertrauensmann im Betriebe eingesetzt wurde. So habe ich für die Angestellten der Firma und die Firma selbst erreicht, dass unkontrollierbare Einflüsse ferngehalten werden konnten.« Darüber hinaus habe er so die Möglichkeit gehabt, »berechtigte und notwendige Kritik zu erlassenen Gesetzen usw. zu üben und die Berichte hierüber

unmittelbar an die hierfür zuständige Stelle zu bringen«.

Es versteht sich, dass Ostertags Selbstdarstellung auch seine Mitgliedschaft in der SS als Akt der politischen Distanzierung beschreibt: Um aus der SA ausscheiden zu können und nur bis zu seiner Einberufung zum Kriegsdienst sei er in der SS gewesen.

Der starke Nazi im Ludwigsburger Rathaus

Ferdinand Ostertag scheint den Schwerpunkt seiner politischen Karriere nicht in den Strukturen der NSDAP und ihrer Organisationen gesehen zu haben, sondern in der Kommunalpolitik: »Die kommunalpolitische Betätigung bei der Stadtgemeinde Ludwigsburg war während meiner gesamten politischen Wirksamkeit meine Hauptbeschäftigung.« Im Dezember 1931 wurde Ostertag für die NSDAP in den Gemeinderat gewählt. Er wurde deren Fraktionsvorsitzender, später war er als ehrenamtlicher Bürgermeister für einige Jahre der wichtigste Nazi im Rathaus – Oberbürgermeister Karl Frank (1900–1974) war nach eigener Aussage bis 1933 Mitglied der Demokratischen Partei und der NSDAP »erst 1937«¹⁷ beigetreten.

In seiner »Verteidigungsschrift« tonte Ostertag: »Ich legte immer größten Wert auf eine peinlich saubere Verwaltungsführung, losgelöst von rein parteipolitischen Gesichtspunkten.« Allerdings sind über Abläufe während der Nazi-Herrschaft Berichte erhalten, die ein anderes Bild zeichnen. Ein kleines Beispiel war der Fall des Gasgeldeinziehers Heinrich Haist (1908–1993), dem im März 1937 Unterschlagung von bar eingesammelten Gas-Gebühren vorgeworfen wurde. Ostertag und der ehrenamtliche Beigeordnete Dr. Richard Arnold (1902–1980), im Hauptberuf ebenfalls bei der GdF Wüstenrot tätig, verheimlichten die Situation dem Direktor des Gaswerks und dem Ober-

bürgermeister. Als die Sache bekannt wurde, vermerkt das Protokoll: »Stadtrat Dr. Arnold erwidert, die Angelegenheit sei für ihn und zweifellos auch für Bürgermeister Ostertag sehr peinlich. Sie hätten aber aus Parteiräson heraus gehandelt, da sie den Haist in der Partei als zuverlässigen Mann kennengelernt hätten.«¹⁸

Ostertag als Scharfmacher

Man kann Ferdinand Ostertag durchaus als »kommunalen Hardcore-Nazi« bezeichnen. Der moderate Saubermann, als den er sich nach dem Ende des NS-Systems präsentieren wollte, passt daher auch nicht zur Aktenlage. Prägnant ist das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 4. Mai 1933.¹⁹ Dort heißt es unter anderem:

»Hierauf ergreift Stadtrat Ostertag namens der NSDAP das Wort. Er sagt, hier kurz wiedergegeben, etwa Folgendes: Zunächst einige sachliche Feststellungen: Die Finanz-

gebarung der Stadtgemeinde Ludwigsburg ist durch die Arbeit der Systemparteien und die herrschende Arbeitslosigkeit einseitig beeinträchtigt. [...] Diejenigen, die bisher in diesem Saale Ludwigsburgs Geschicke vertreten haben, mögen noch so guten Willens gewesen sein, zustande gebracht haben sie nichts. Sie haben uns ein Chaos hinterlassen, für das sie genauso gut verantwortlich sind wie ihre systemtreuen Vertreter in den Länderregierungen und im Reich.«

»Wir sind nicht gewillt, mit den Vertretern der Marxisten im Gemeinderat auch nur eine Minute zu verhandeln. Nachdem einer der sozialdemokratischen Stadträte auf unseren Druck hin zurückgetreten ist, müssen wir auch von Herrn Tischendorf²⁰ erwarten, dass er unverzüglich diesen Saal verlässt. Darauf müssen wir bestehen, nachdem die Zeitung, die dieser Mann vertreten hat, uns und die nationale Sache jahrelang mit Schmutz beworfen hat.«

»Stadtrat Tischendorf spricht die Worte: ›Da möchte ich aber vorher noch um das



Das neue Regime zeigt Flagge: Marsch vom Marktplatz durch die Marktstraße am 1. Mai 1933. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

Wort bitten.« Sonderkommissar Stadtrat Motsch²¹ gibt daraufhin an einen im Zuschauerraum anwesenden, in Uniform befindlichen Nationalsozialisten den Befehl: »Führen Sie den Mann ab.« In Begleitung von zwei uniformierten Nationalsozialisten verlässt Tischendorf den Sitzungssaal.«

»Stadtrat Ostertag teilt dann noch mit, dass seine Fraktion dafür Sorge trage, dass kein Marxist in irgendeine Abteilung des Gemeinderats einziehe oder sonst einen Einfluss auf die Stadtverwaltung ausüben könne. Sie werde auch nicht dulden, dass die Stadtverwaltung oder ein Beamter mit Marxisten Fühlung aufnehme und aufrechterhalte. Dies sei seine Fraktion dem arbeitenden deutschen Volke schuldig und sie werde auch den Kampf zur Verachtung des marxistischen Gedankenguts auf dem Rathaus weiter- und durchführen.«

»Im Fürsorgewesen würden die Nationalsozialisten zeigen, dass sie Sozialisten, nicht aber Marxisten seien. [...] Unterstützt werde alles, was in Schulen, Vereinen und Kirchen auf die kulturelle Neugeburt des deutschen Volkes hinziele. Die NSDAP erhoffe für die Zukunft eine gedeihliche Zusammenarbeit des Gemeinderats mit der Beamten- und Bürgerschaft, damit die Erneuerung unseres Volkes in rassischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehung durch Schaffung eines deutschen Staates der nationalen Freiheit, Ehre und der sozialen Gerechtigkeit erreicht werde.«

Natürlich hatte Ferdinand Ostertag das später alles gar nicht so gemeint: »Ich bitte, die Tatsache zu beachten, dass es die erste Gemeinderatssitzung nach 1933 war und ich als Fraktionsführer des NS verpflichtet war, einige grundsätzliche Worte zu sagen. Ich möchte betonen, dass ich später ähnliche Ausführungen nie mehr gemacht habe. Es war mein Bestreben, dass auf dem Rathaus keine Gemeindepolitik in parteipolitischen Sinne herrschte, was mir restlos gelungen ist.«²²

Dabei fiel der angeblich unparteiliche NSDAP-Mann 1933 häufiger stark agitatorisch auf. Die »Ludwigburger Zeitung« berichtet, vor jener Reichstagswahl im November, bei der nur die NSDAP wählbar war, habe Ostertag gefordert, dass »Ludwigsburg an der Spitze von ganz Württemberg marschieren muss. [...] Ludwigsburg war schon bisher ein starkes Bollwerk der nationalsozialistischen Bewegung und immer ein Vorbild für das ganze Land. [...] Wenn jeder seine Pflicht tut, wird Ludwigsburg auch morgen seinen Platz behaupten.«²³

Ostertag und »die Judenfrage«

In seiner kommunalen Tätigkeit war die Ausgrenzung von Menschen jüdischer Herkunft ein markanter Zug. Als Oberbürgermeister Karl Frank im Juli 1935 im Stadtbad ein Schild aufhängen ließ mit der Aufschrift: »Personen nichtarischer Abstammung wird nahegelegt, das Stadtbad nicht zu benutzen«, gab Ferdinand Ostertag zu Protokoll, dass ihn dieser Hinweis »sehr gefreut habe, nur wünsche er die Worte »Personen nichtarischer Abstammung« in »Juden« abzuändern.«²⁴

Im September desselben Jahres diskutierten die Ratsherren, dass »hinsichtlich der »Judenfrage« wohl am besten eine reichseinheitliche Regelung abgewartet werde. [...] Direktor Ostertag ist überzeugt, dass nach den Äußerungen, die auf dem Reichsparteitag in Nürnberg fielen, die Judenfrage nunmehr mit aller Brutalität geregelt werde. Er hält es für notwendig, dass die Ortsgruppen, Zellenleiter und so weiter über die Stellenleiter der Stadtverwaltung darüber berichten, wer noch in Verbindung mit Juden steht.«²⁵

Im Februar 1937 ging es um den Pferdemarkt: »Bürgermeister Ostertag empfiehlt, die Juden vom Markt auszuschließen und

ihnen auch keinen besonderen Platz anzuweisen. Durch eine solche Maßnahme würden sich die arischen Händler mehr und mehr einfinden.«²⁶

Ebenfalls aufschlussreich ist der Protokolleintrag aus der »Beratung mit den Verwaltungsbeiräten« im Ludwigsburger Rathaus vom 22. November 1938, also knapp zwei Wochen, nachdem die örtliche Synagoge unter Mitwirkung Ostertags angezündet worden war (siehe unten):²⁷

»Bürgermeister Ostertag bringt vor:

1. der Kohlenhändler Ernst Metzger beziehungsweise seine Frau hätten anlässlich einer Sammlung für das Winterhilfswerk in letzter Zeit die politischen Leiter als »Häuseranzünder« bezeichnet und sie mit Bettlern verglichen. Ihr Verhalten beweise, dass sie nicht rückhaltlos auf dem Boden des Dritten Reiches stehen.

2. Inhaber der Firma Bender & Kraft hätten, nachdem die Schaufenster an dem jüdischen Kaufhaus Grumach, dessen Haus die Firma vor kurzem gekauft hat, durch die in Folge des Mords an dem Gesandtschaftsrat vom Rath empörte Volksmenge eingeschlagen waren, sich geäußert: »So eine Saubande«. Ferner hätten sie mit ihrem Rechtsanwalt erwogen, die Rechnung für die Schaufenster der Kreisleitung zu übersenden. Dabei hätten sie sich bis zu einem gewissen Grad schützend vor die Juden gestellt. Ferner hätten sie bis in die letzte Zeit engen Geschäftsverkehr mit Juden unterhalten.

Bürgermeister Ostertag beantragt: mit beiden Firmen bis auf weiteres seitens der Stadt alle Geschäftsverbindungen abzuberechnen. Der Oberbürgermeister verfügt dem Antrag entsprechend.«

Fünf Tage später zwangen »so an die 150 SA-Männer in Zivil« den Kohlenhändler Ernst Metzger (1891–1946) und den Landwirt Eugen Buhl (1901–1993), unter Beschimpfungen wie »Verräter, Judenknecht, pfui« durch die Stadt zu ziehen.²⁸

Die Brandstiftung in der Ludwigsburger Synagoge

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 steckten Nazis im Deutschen Reich fast alle Synagogen in Brand – in Ludwigsburg nicht. Hier bemerkten Partei- und Staatsfunktionäre erst am nächsten Morgen, was sie verpasst hatten, und organisierten dann die (rechtlich völlig unzulässige) Verhaftung von Männern jüdischer Herkunft wie auch die Brandstiftung der Synagoge. Sicher ist: Ferdinand Ostertag war vor Ort dabei. Über sein Verhalten und seine Haltung gehen Berichte und Interpretationen jedoch auseinander.

Am 8. Juni 1948 verurteilte das Stuttgarter Landgericht ihn wegen seiner Beteiligung an der Brandstiftung, am 17. November 1948 bestätigte das Oberlandesgericht Stuttgart das Urteil. Der frühere Bausparkassen-Direktor wurde zu neun Monaten Haft verurteilt.²⁹ Das Gericht beschrieb den Ablauf der Dinge nach seinen Erkenntnissen (in die viele Angaben Ostertags Eingang gefunden hatten, obwohl es auch anderslautende Zeugenaussagen gab):

»Der Angeklagte Ostertag, welcher der allgemeine Vertreter des damals erkrankten Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigsburg, außerdem SA-Obersturmführer und ehrenamtlicher Vertrauensmann des SD war, rechnete damit, dass es auch hier zu Ausschreitungen gegen die Juden kommen und die Synagoge in Brand gesteckt werde. [...] Bei der Polizei erfuhr der Angeklagte Ostertag, dass sie den Befehl hatte, nicht einzugreifen, solange keine Gefahr für Menschen und die umliegenden Gebäude bestünde. Er begab sich sodann noch am selben Vormittag selbst zur Synagoge. Dort traf er den Kriminalinspektor Stahl an, der den dienstlichen Auftrag hatte, die Gegenstände aus der Sakristei der Synagoge sicherzustellen, und war ihm hierbei behilflich. Vor der Synagoge war ein großer Menschauflauf,



Die 1884 erbaute Ludwigsburger Synagoge wurde am 10. November 1938 durch Brandstiftung zerstört. (Stadtarchiv Ludwigsburg)

auch lagen Gewänder und eine Menge Papiere herum; mehrere junge Leute waren in die Synagoge eingedrungen. Der Angeklagte Ostertag stellte sich, nachdem er sich eine Zeit lang bei der Synagoge aufgehalten hatte, auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf, um den weiteren Verlauf zu beobachten. Als die Inbrandsetzung der Synagoge im Gange war, benachrichtigte er durch seinen Fahrer den Feuerwehrführer Heuss, der nach kurzer Zeit um 13.47 Uhr mit der Feuerwehr am Platz erschien, zunächst die Nachbarhäuser schützte und später auch in die brennende Synagoge spritzen ließ, aber nicht mehr verhindern konnte, dass sie völlig ausbrannte.«

Verurteilt wurde Ostertag schließlich nicht, weil er an dem gesamten Ablauf beteiligt und durch seine Funktionen insgesamt

verantwortlich gewesen wäre, sondern weil er die Feuerwehr nicht früher gerufen habe. Das Gericht würdigte anhand seiner eigenen Aussagen sogar, dass er »die Tat zwar innerlich missbilligte und nicht wollte«, doch habe er »zwar ohne Tätervorsatz, jedoch in dem Bewusstsein, durch [seine] Untätigkeit die Brandstiftung zu fördern, jedes Eingreifen zur Verhinderung oder Löschung des Brandes unterlassen«.

Nach der Brandstiftung in Ludwigsburg fuhr Ostertag als »politischer Leiter« mit anderen Aktiven und Funktionären ins rund 20 Kilometer entfernte Freudental, wo der NSDAP-Ortsgruppenleiter, der Lehrer Ludwig Bauer, zunächst die örtliche Synagoge in Brand stecken wollte. Wegen der direkten Nähe anderer Gebäude wurde das Gotteshaus dann aber doch nicht angezündet, je-

doch wurde die Ausstattung geplündert und wurden über Stunden hinweg Jüdinnen und Juden schwer misshandelt und erniedrigt. Die Beteiligung Ostertags an diesen rechtswidrigen Aktionen dokumentierte das Landgericht Heilbronn am 22. September 1951³⁰, doch wurde er wegen dieser Vorfälle rechtlich nicht weiter belangt.

Die verhafteten Juden von Ludwigsburg

Im Verlauf des 10. November 1938 wurden in Ludwigsburg zahlreiche jüdische Männer verhaftet, unter ihnen der Arzt Dr. Walter Pintus (1880–1938). Die meisten der Männer wurden anschließend in verschiedene Konzentrationslager verfrachtet – zunächst nur für kürzere Zeiten. Am Abend des 10. November waren die Verhafteten im Flur des Amtsgefängnisses, dem so genannten Blockhaus. Einer von ihnen gab 1946 zu Protokoll:

»Vor diesem Abtransport wurden wir mit den Gesichtern zur Wand im Blockhaus hingestellt, wobei die SS mit gezogenen Revolvern hinter uns stand. Plötzlich ging die Türe auf, die Bewachungsmannschaft rief Heil Hitler. Unter diesen Begrüßungsrufen konnten wir annehmen, dass Ortsgruppenleiter Ostertag den Raum betreten hatte. Er kam dann an mir vorbei und ich erkannte ihn, da er 1933 mich meiner Stellung als Vertrauensarzt der Angestelltenversicherung enthoben hatte. Plötzlich rief er ›Ah, da steht ja auch der Pintus, den nehmt allein, den lege ich euch besonders ans Herz‹. Der Kommandoführer machte eine Notiz und wir wurden abgeführt. Während die Ludwigsburger Juden in das Konzentrationslager Welzheim gebracht wurden, kam Dr. Pintus durch diesen Einzelbefehl in das Konzentrationslager nach Dachau und wurde dort zum Selbstmord gezwungen. Den Vorgang kenne ich aus späteren Äußerungen des jüdischen Religionslehrers Metzger

von Ludwigsburg, welcher vom Konzentrationslager Welzheim später nach Dachau überführt wurde.«³¹

In späteren Verhandlungen bestritt Ostertag nicht, im Amtsgefängnis gewesen zu sein, wohl aber den in Ludwigsburg bekannten Arzt Dr. Pintus überhaupt gekannt zu haben oder gar eine Bemerkung über ihn gemacht zu haben.³²

Die »Judenvilla« für den Oberbürgermeister

Ferdinand Ostertag war, eindeutig belegt, treibende Kraft einer kaltblütigen »Arisierung«. Die »Ludwigsburger Zeitung« meldet am 13. Mai 1939: »Eine Dienstwohnung für den Stadtvorstand«. Gemeint war der »Erwerb« der Villa der Familie Frischauer an der Ecke Asperger-/Gartenstraße. Im Gemeinderat hatte der Immobilien-erfahrene ehrenamtliche Bürgermeister das Projekt vorangebracht.

Der erfolgreiche und weltläufige jüdische Fabrikant Hans Frischauer (1883–1942) war vor den vielfältigen Attacken der Nazis in seine tschechische Heimat geflüchtet, die Tochter war in England, Ehefrau Meta (1895–1942) und die beiden Söhne Robert (1922–1942) und Wolfgang (1929–1942) folgten dem Vater ins vermeintlich sichere Böhmen. Ostertag hatte den Preis für das elegante Stadthaus so weit nach unten gedrückt, dass sich »die Stadt dieses Objekt zu einem so günstigen Preis nicht entgehen lassen durfte«.³³ Während die vier Mitglieder der Familie Frischauer in Prag ins Ghetto gezwungen und schließlich in Izbica ermordet wurden, bezog die Familie von Oberbürgermeister Karl Frank das großzügige Gebäude mit seiner nahezu toskanisch-friedlichen Ausstrahlung.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft wurde die Villa an die überlebende Tochter Gertrud (1921–2016) zurückgegeben. 1965 erwarb die Stadt Ludwigsburg das Gebäu-



»Villa Frischauer« in der Asperger Straße. Das 1923 von dem Fabrikanten Hans Frischauer erbaute Gebäude ist seit 1956 Sitz des Deutsch-Französischen Instituts. (Jochen Faber)

de erneut, diesmal jedoch zu einem regulären Preis, und vermietet es seither an das Deutsch-Französische Institut, das seit 1956 in dem geschichtsträchtigen Haus beheimatet ist.³⁴

Das NS-Regime war am Ende – und Ostertag?

Als Ferdinand Ostertag 1939 in den Krieg eingezogen wurde, den seine NSDAP entfacht hatte, blieb seine Stellung als Direktor der GdF erhalten. Am 29. Juni 1945 wurde er durch Anweisung der Militärregierung Ludwigsburg von der Bausparkasse entlassen.³⁵ Nach Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde er in Lagern für NS-Funktionäre interniert, ab Januar 1947 in Ludwigsburg. Er konnte mehrere

Zeugenaussagen anführen, wonach er stets korrekt gehandelt habe und auch einen Beschäftigten mit jüdischer Abstammung in der GdF Wüstenrot geschützt habe. Im Juli 1948 kam er frei.

Ferdinand Ostertag hätte gerne bei der Bausparkasse GdF Wüstenrot seine Arbeit fortgesetzt, wo der seinerzeit aus dem Amt gedrängte Direktor Hermann Schuon wieder die Leitung übernommen hatte. Doch ein Vertreter des Unternehmens schrieb ihm: »Ich bedaure, Ihnen mitteilen zu müssen, dass der Aufsichtsrat geschlossen die Auffassung vertrat, dass Ihre Wiederbeschäftigung bei der GdF aus einer Reihe von Gründen nicht in Frage kommen kann. Maßgebend war, dass Sie der prononcierte Vertreter des Nationalsozialismus in der GdF waren und dass es für das Unternehmen, das weithin als Hochburg des Nati-

onalsozialismus angesprochen war, nicht tragbar ist, Sie wieder einzustellen.«³⁶

Ab März 1950 arbeitete Ferdinand Ostertag für die Leonberger Bausparkasse³⁷, wo er

den Rang eines Abteilungsdirektors erreichte. Im vielfach zerstörten Deutschland gab es erheblichen Bedarf an Aufbau und auch für Bausparkassen ein großes Betätigungsfeld.

Anmerkungen

Abkürzungen:

StAL= Staatsarchiv Ludwigsburg

StadtALB = Stadtarchiv Ludwigsburg

WABW = Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg

- 1 Geringfügig überarbeitete Fassung eines Aufsatzes, der 2019 im Band 10 (»NS-Belastete aus der Region Stuttgart«) der von Wolfgang Prose herausgegebenen Reihe »Täter, Helfer, Trittbrettfahrer« publiziert wurde.
- 2 StAL EL 903/1 Bü 513 (Klageschrift an die Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 19.08.1947).
- 3 Ebd. (Spruch der Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 30.06.1948).
- 4 Ebd. (Spruch der Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 09.06.1949). Ostertag hatte gegen das Urteil vom Juni 1948 Einspruch eingelegt.
- 5 StAL EL 903/1 Bü 513 (Lebenslauf aus Ferdinand Ostertags Verteidigungsschrift für die Spruchkammer des Interniertenlagers 72, 03.02.1947).
- 6 Ebd. (Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart, 17.11.1948).
- 7 Wie Anm. 5. 8 StadtALB PL 11/Az. 1121.
- 9 StadtALB L 150 (Gemeinderatsprotokolle 09.01.1936 und 27.04.1936).
- 10 WABW B 90 (Briefbogen-Inhalt der GdF von 1921).
- 11 WABW B 90 Bü 1411 (»Charakterbeurteilung H. Ferdinand Ostertag«, von R. Barth, Degerloch, im Auftrag der GdF Wüstenrot, 31.03.1926).
- 12 Firmendaten nach »Wüstenrot – eine Idee setzt sich durch«, Ludwigsburg 1965.
- 13 WABW B 90/180.
- 14 StAL EL 903/1 Bü 513 (Schreiben von Dr. Hermann Schuon an die Spruchkammer, 18.04.1947).
- 15 Wie Anm. 5. 16 WABW B 90/180 (»An den Vorstand«, 26.10.1932).
- 17 StAL EL 903/1 Bü 513 (Protokoll der öffentlichen Sitzung der Zentral-Spruchkammer am 8. und 9. Juni 1949).
- 18 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1937).
- 19 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1933).
- 20 Alfred Tischendorf (1899–1964) war Fraktionsvorsitzender der SPD und Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitung »Neckarpost«.
- 21 Otto Motsch (1899–1951).
- 22 StAL EL 903/1 Bü 513 (Protokoll der Spruchkammer-Verhandlung, 30.06.1948).
- 23 Ludwigsburger Zeitung, 11.11.1933; zitiert nach Albert Sting: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Band II, Ludwigsburg 2004, S. 248.
- 24 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1935).
- 25 Ebd.
- 26 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1937). 27 StadtALB L 150 (Ratsprotokolle 1938).
- 28 Nicht datierte Niederschrift von Emma Metzger, zitiert nach Sting (wie Anm. 23) S. 274.
- 29 StAL EL 903/1 Bü 513 (Revisionsurteil des Oberlandesgerichts, 17.11.1948).
- 30 Hauptstaatsarchiv Stuttgart EA 4/403 Bü 53.
- 31 StAL EL 903/1 Bü 513 (Aussage von Ludwig Elsas, 30.11.1946).
- 32 Ebd. (Anlage zum Protokoll der Spruchkammer-Verhandlung vom 30.06.1948).
- 33 Ludwigsburger Zeitung, 13.05.1939.
- 34 »Zu Besuch bei verfolgten Nachbarn«, hrsg. von der Stolperstein-Initiative Ludwigsburg, S. 15–18; online abrufbar: <https://stolpersteine-ludwigsburg.de/wp-content/uploads/2018/10/2010-Stolper-LB-Broschuere.pdf> (letzter Zugriff: 14.05.2020).
- 35 WABW B 90/180 (Zeugnis der GdF für Ferdinand Ostertag, 10.11.1949).
- 36 Ebd. (Schreiben 26.10.1949).
- 37 Ebd. (Schreiben des Aufsichtsrats der GdF Wüstenrot, 09.03.1950).